



FDP-Landesverband M-V | Goethestr. 87 | 19053 Schwerin

DaMigra-Press-Team

Schwerin, den 08. September 2021

per Email an: presse@damigra.de

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2021

Ihre Email vom 05. Mai 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Email vom 05. Mai 2021. Nachfolgend senden wir Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen (Wahlprüfsteine). Sollten Sie über die Antworten hinaus noch weitere Fragen haben, zögern Sie nicht uns zu kontaktieren.

Arbeitsmarkt

1.) Welche konkreten Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktpartizipation von geflüchteten und migrierten Frauen* plant Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode?

Wir sprechen uns für eine stärkere Förderung der Arbeitsmarktpartizipation aller Migrantinnen und Migranten aus. Diese wollen wir durch Sprachkurse, eine erleichterte Anerkennung von Bildungsabschlüssen sowie die Abschaffung von Sperrfristen und Vorrangprüfungen für Asylbewerberinnen und -bewerber erreichen. Um Frauen die Berufstätigkeit zu erleichtern und ihre Karrierechancen zu verbessern, setzen wir uns für bessere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ein, da momentan ein Großteil dieser Arbeit von Frauen übernommen wird. Darüber hinaus wollen wir den Zugang zu Wagniskapital für Gründerinnen verbessern, sowie Frauen und Mädchen im Bereich der MINT-Fächer besser fördern.

2.) Welche Art von Qualifizierungsangeboten plant Ihre Partei für diese Zielgruppen und wie kann deren Durchsetzung erfolgen?

Grundlegend wollen wir jeder und jedem, der nach Deutschland kommt, weiterhin Sprachkurse ermöglichen. Zusätzlich soll ein Integrationspate nach kanadischem

Vorbild zur Seite gestellt werden. Im Hinblick auf die berufliche Qualifikation ist einerseits eine Kooperation mit den Herkunftsländern geplant, um bereits vor Ort Qualifizierungsprogramme aufzulegen, andererseits soll auch in Deutschland der Zugang zu Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen vereinfacht werden.

3.) Inwiefern werden Sie für Deutschkurse und andere Weiterbildungsmaßnahmen auf familienfreundliche Zeiten hinwirken?

Das Kursangebot muss sich nach den Bedarfen der Teilnehmenden richten und, wo ein Ausweichen auf familienfreundliche Zeiten nicht möglich ist, durch ein Betreuungsangebot ergänzt werden.

4.) Welche Vorgaben und gesetzlichen Bestimmungen werden Sie auf den Weg bringen, um eine entsprechende Kinderbetreuung in den Kommunen zu gewährleisten?

Wir haben in MV zum Glück bereits gute Voraussetzungen was die Kinderbetreuung angeht. Jetzt muss dieses Angebot noch mehr an dem Bedarf der Familien angepasst und die Qualität verbessert werden. Wir setzen uns darum für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen ein, damit diese in der Lage sind, die Aufgaben vor Ort auch zu übernehmen.

5.) Was unternimmt Ihre Partei, um die Anerkennung vom im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen (formelle Abschlüsse wie auch weitere Berufserfahrungen) unbürokratischer und effizienter zu gestalten?

Wir Freie Demokraten fordern, dass abgelehnte Anträge zur Gleichwertigkeitsfeststellung von ausländischen Berufsabschlüssen nach Ablauf einer angemessenen Sperrfrist erneut überprüft werden können. Das soll analog für Bildungsabschlüsse wie Schul- und Hochschulabschlüsse gelten. Oftmals kommt es durch unterschiedliche Berufsabschlüsse, die sich nicht vollständig decken, durch formale Fehler oder durch Überforderung der Antragstellenden zu Fehleinordnungen, die im Nachhinein nicht mehr korrigiert werden können. Für ausländische und vor allem geflüchtete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist es aber wichtig, schnell wieder arbeiten zu können. Daher sind bürokratische Hürden für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse abzuschaffen.

Arbeitsbedingungen

1.) Planen Sie, eine höhere Anerkennung durch bessere Bezahlung der in der Gastronomie-, Hotellerie, Pflege- und Reinigungsbranche tätigen Frauen* durch beispielsweise eine Einführung eines gesetzlich verankerten Tarifvertrages durchzusetzen bzw. sich dafür einzusetzen?

Die FDP spricht sich für die seit Jahrzehnten bewährte Tarifautonomie aus, die das Aushandeln von Tarifverträgen zwischen den Sozialpartnern garantiert. Diese Tarifverträge gibt es in vielen Branchen, wie z.B. im Baugewerbe oder in der Gebäudereinigung bereits und diese sind gesetzlich durch die Allgemeinverbindlich-Erklärung abgesichert.

2.) Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie auf den Weg bringen, um Migrantinnen* über ihre Arbeitsrechte zu informieren?

Wir setzen uns für eine flächendeckende Umsetzung der Verpflichtung der Arbeitgeber ein, ihren Mitarbeitenden die Arbeitsrechte zugänglich zu machen. Darüber hinaus würden wir eine zentrale Bereitstellung des deutschen Arbeitsrechts und aller weiteren relevanten Vorschriften und Gesetzestexte in allen relevanten Herkunftssprachen befürworten.

3) Das Grundgesetz verankert das Recht auf die freie Berufswahl: Was werden Sie tun, damit migrierte Frauen* in Arbeitsverhältnisse vermittelt werden, die tatsächlich ihren Qualifikationen und Fähigkeiten entsprechen?

Im Rahmen der Vermittlung von Arbeitsstellen durch die zuständige Behörde muss auf die vorhandene Qualifikation geachtet und ein adäquates Angebot vermittelt werden. Durch die erleichterte Anerkennung sollen Vorerfahrungen eine stärkere Berücksichtigung finden können. Um den Fachkräftemangel zu beheben, sind wir darauf angewiesen, vorhandene Potentiale zu nutzen und zu fördern.

Migration Pay Gap & Diskriminierung am Arbeitsmarkt

1.) Hat Ihre Partei konkret geplant, die Lücke des Gender Migration Pay Gap durch spezifische Maßnahmen für Frauen* mit Flucht- und Migrationsgeschichte zu schließen?

Unterschiedlicher Bezahlungen für gleiche Leistung wollen wir durch eine Stärkung der Entgelttransparenz entgegenwirken. Neben den Maßnahmen zur Verringerung der bereinigten Gender Pay Gap müssen weitere Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Zugewanderten ergriffen werden, um die Bezahlung langfristig anzugleichen. Wir Freie Demokraten sprechen uns klar gegen jede Form der Diskriminierung aus.

2.) Welche Maßnahmen planen Sie, um zu vermeiden, dass Frauen* mit Fluchtgeschichte in sittenwidrige, unangemeldete und weder arbeits- noch sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse gedrängt werden?

Die FDP spricht sich deutlich gegen sittenwidrige und unangemeldete Beschäftigungsverhältnisse aus. Nur da wo Menschen freiwillig und im gesetzlich

geschützten Rahmen zusammenarbeiten, kann ein Arbeitsmarkt funktionieren. Wir sprechen uns daher deutlich dafür aus, die staatlichen Institutionen, die gegen illegale Beschäftigungsverhältnisse ermitteln, personell besser auszustatten, um solche Beschäftigungsverhältnisse zu beenden. Zum Bereich der sittenwidrigen Beschäftigungsverhältnisse haben wir kürzlich einen Antrag in den Bundestag eingebacht, der ein stärkeres Vorgehen gegen Zwangsprostitution fordert, wir sehen hier insbesondere für geflüchtete Frauen eine große Gefahr.

Zusätzlich wollen wir den Einstieg in eine reguläre Beschäftigung vereinfachen, damit ein Ausweichen auf unangemeldete und weder arbeits- noch sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse präventiv verhindert wird.

3.) Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Rassismus und Sexismus auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen, damit auch migrierte Frauen* gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten?

Wir Freie Demokraten erkennen die Bekämpfung von politischem Extremismus, religiösem Fanatismus, Antisemitismus und Rassismus als besondere Herausforderung an. Wir stellen uns Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aktiv entgegen. Die Sicherheitsbehörden müssen sich besser um den Schutz besonders gefährdeter Gruppen und ihrer Einrichtungen kümmern.

Sexismus muss gesamtgesellschaftlich und vor allem auch auf dem Arbeitsmarkt konsequent bekämpft werden. Hierfür existieren verschiedene Verfahren, um Vorfälle aufzudecken, aufzuklären und auszuwerten. Wir setzen auf Prävention und Sensibilisierung.

Altersarmut:

- 1.) Wie werden Sie der Altersarmut der migrierten Frauen* und deren Nachkommen entgegenwirken?**
- 2.) Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die migrationsbedingte Altersarmut zu bekämpfen?**
- 3.) Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Altersarmut der sogenannten Kontingentflüchtlinge zu bekämpfen?**

Die Fragen 1 bis 3 werden gemeinsam beantwortet.

Wir Freie Demokraten finden: Wer gearbeitet und vorgesorgt hat, muss im Alter immer mehr haben als die Grundsicherung. Deshalb möchten wir eine „Basis-Rente“ einführen. Hierzu schlagen wir einen Freibetrag bei der gesetzlichen Rente vor – 20 Prozent sollen künftig anrechnungsfrei sein. Damit stellen wir sicher, dass Menschen mit kleiner Rente, die vielleicht nur einige Zeit gearbeitet, Kinder erzogen oder aufgrund einer Migrationsbiografie auf geringere Erwerbszeiten in Deutschland kommen, bessergestellt sind als jene, die nie gearbeitet haben. Heute werden hingegen gesetzliche Rentenansprüche vollständig auf die Grundsicherung im Alter angerechnet.

Wenn jemand nur eine kleine Rente von zum Beispiel 450 Euro erhält, hat er heute noch einen Anspruch auf etwa 400 Euro aus der Grundsicherung. Unser Modell soll ermöglichen, dass 20 Prozent der Rentenzahlung nicht mit der Grundsicherung verrechnet werden. Das wären in unserem Beispiel rund 90 Euro zusätzlich monatlich im Portemonnaie – plus den Freibetrag für Einkünfte aus ggf. daneben bestehender betrieblicher oder privater Vorsorge.

Nach beispielsweise 45 Jahren Berufstätigkeit und einem Verdienst von der Hälfte des Durchschnittslohns bekäme man einen Aufschlag von rund 150 Euro bzw. eine Basis-Rente von insgesamt rund 1.000 Euro monatlich. Das heißt: Auch nach einem langen Arbeitsleben bei geringem Verdienst würde sich unsere Basis-Rente lohnen.

Wir Freie Demokraten wollen eine faire Rente: Deshalb möchten wir die Auszahlung der Basis-Rente an eine Bedürftigkeitsprüfung knüpfen. Zudem wollen wir Beantragung und Auszahlung der Basis-Rente zusammenführen: Dann muss niemand mehr für einen Rentenzuschuss zum Sozialamt gehen.

Eine eigene Erwerbsbiografie mit eigenen Rentenbeiträgen wäre die beste Absicherung gegen Altersarmut, daher ist es so wichtig, die Arbeitsaufnahme und Qualifizierung so früh wie möglich zu fördern. Auch die Anerkennung der Erziehungszeiten von Kindern wird vor allem bedeutsam, wenn diese Zeiten teilweise im Ausland und teilweise im Inland liegen.

Bildung

Förderung migrierter Kinder und Jugendlicher vor und während der Corona-Pandemie

1. **Welche Maßnahmen planen Sie, um das Thema *Interkulturelle Vielfalt* durch eine Aktualisierung der Schulbücher, Lehrmittel und Unterrichtssprachen in die Lehrpläne einzuführen?**

Wir Freie Demokraten wollen den herkunftssprachlichen Unterricht an Schulen besser fördern. Darin sehen wir eine große Chance für die Verbesserung der Sprachkenntnisse von Migrantinnen und Migranten. Deshalb ermutigen wir die Schulen und Schulträger, verstärkt herkunftssprachlichen Unterricht anzubieten. Herkunftssprachlicher Unterricht hilft auch beim Erlernen der deutschen Sprache und ist damit ein Motor der Integrationspolitik. Interkulturelle Vielfalt zur Förderung von Integration muss zudem auf vielen Ebenen stattfinden, wir fordern daher eine unabhängige Evaluierung der gegenwärtigen Maßnahmen in Form eines Integrationsgutachtens, wie es andere Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben haben. Auch der Aspekt der interkulturellen Vielfalt in Unterrichtsmaterialien sollte hierbei als Aspekt berücksichtigt werden.

2. **Was unternimmt Ihre Partei, um rassistische Diskriminierungen und Mobbing an Schulen zu unterbinden?**

Diskriminierung und Mobbing jeder Art hat nichts in Schulen verloren und schadet den Schülerinnen und Schülern nachhaltig. Wir wollen daher die Ausbildung der Lehrkräfte verbessern und durch kleinere Klassen eine intensivere Betreuung ermöglichen, um Fälle von Diskriminierung und Mobbing zu unterbinden. Damit unsere Schulen das optimale Lernumfeld für Kinder werden, muss eine freie Entfaltung der Persönlichkeit ohne Furcht vor Ausgrenzung und Diskriminierung möglich sein. Die Schulsozialarbeit muss zudem aufgestockt und abgesichert werden, wodurch Konflikte frühzeitig erkannt und beigelegt werden können, bevor Ausgrenzung, Stigmatisierung, Diskriminierung und Mobbing entstehen können.

3. Was planen Sie, um die technische Ausstattung für digitales Lernen generell und die Betreuung migrierter Kinder im Home-Schooling zu gewährleisten?

Bildung kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle Kinder Zugang zu den notwendigen Ressourcen haben. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft an unseren Schulen die bestmöglichen Voraussetzungen vorfinden und auch für das digitale Lernen bestmöglich ausgestattet werden. Mit dem Digitalpakt Schule wurde hier ein Grundstein gelegt, wir werden uns hier weiterhin dafür einsetzen, dass die Mittel zügig abgerufen werden können, damit sie dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Sollte es wieder zu Homeschooling kommen, muss besonderes Augenmerk auf migrierte Kinder gelegt werden, damit keine Nachteile entstehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in migrierten Familien möglicherweise sprachliche Barrieren bestehen, um den Kindern zu helfen. Hinzu kommt, dass die eigene Bildung der Angehörigen der Kinder mit anderen didaktischen Methoden und anderen Lerninhalten erfolgt sein könnte, und so die Unterstützung im Homeschooling möglicherweise nicht so erfolgen kann, dass alle Kinder gerechte Chancen im Homeoffice haben.

4. Was unternimmt Ihre Partei, um die Fördergelder im Bereich Digitalisierung für benachteiligte Kinder auf unbürokratischem und effizientem Wege zu nutzen (beispielsweise für die Verteilung und Installierung von technischem Equipment zu Hause wie Laptops, WLAN etc.)?

Die FDP spricht sich für eine Vereinfachung der Antragsverfahren bei Fördergeldern aus. Wir wollen verhindern, dass Anspruchsberechtigte aufgrund von bürokratischen Hürden die ihnen zustehenden Hilfen nicht erhalten. Im Zuge der Digitalisierung der Schule müssen neben Lehrkräften nach unserer Vorstellung auch Administratoren bzw. Supporter eingesetzt werden, die einen reibungslosen Ablauf gewährleisten sollen. Diese können mit der gebotenen Sorgfalt auch gerade Kinder und deren Familien unterstützen, wenn es um die Arbeitsfähigkeit des Equipments geht.

Gewalt gegen Frauen*

Verbesserung und Ausbau der Hilfestrukturen für von Gewalt betroffene migrierte Frauen*

1. Welche Schwerpunkte setzt Ihre Partei für die Einrichtung einer Koordinierungsstelle zum Zwecke einer vollständigen Umsetzung der Istanbul-Konvention in Mecklenburg-Vorpommern?

Die Umsetzung der Istanbul-Konvention und der damit verbundene Schutz von Frauen vor (häuslicher) Gewalt sind für uns von großer Wichtigkeit. Niemand sollte dieser in Deutschland ausgesetzt sein. Wir sprechen uns daher für eine strikte Einhaltung der Konvention aus und befürworten einen Ausbau der vorhandenen Beratungsangebote und fordern mehr Plätze in Frauenhäusern, bis die Zielgröße der Istanbul-Konvention auch in Mecklenburg-Vorpommern erfüllt ist.

2. Inwiefern planen Sie mehrsprachige Hilfsangebote und die Einstellung von mehrsprachigem Personal, um Zugänge zu Frauenhäusern für Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte in Mecklenburg-Vorpommern zu erleichtern?

Es ist wichtig, dass der Zugang zu Frauenhäusern niedrigschwellig und für alle Frauen möglich ist. Im Rahmen der Personalgewinnung begrüßen wir ausdrücklich auch die Einstellung von mehrsprachigen Bewerberinnen und Bewerbern. Ansonsten sollten Broschüren in den am Häufigsten vorkommenden Fremdsprachen bereitliegen, die auch Hinweise zu Dolmetschern geben, die bei Verständigungsproblemen hinzugezogen werden können.

3. Planen Sie, die Frauen* mit Fluchtgeschichte besser vor Gewalt zu schützen, indem Sie die Wohnsitzauflage aufheben?

Die Wohnsitzauflage soll dem Staat die Verwaltung vereinfachen, indem die Verfügbarkeit der Personen im Einzugsbereich des entsprechenden Amtes gewährleistet ist. In keinem Fall darf die Auflage aber dazu führen, dass Frauen Gewalt ausgesetzt sind, vor der sie hätten geschützt werden können. Hier müssen unbürokratisch und umgehend Lösungen gefunden werden, die sich nach dem individuellen Schutzbedürfnis richtet.

4. Planen Sie eine bedarfsgerechte Aufstockung von Betten für alle Frauen* in den Frauenhäusern, auch für Frauen*, die mehrere Kinder mitbringen?

Die Istanbul-Konvention muss detailgetreu umgesetzt werden. Der Ausbau der Frauenhäuser muss dabei endlich dem Bedarf gerecht werden und muss jeder Frau offenstehen, unabhängig davon, wie viele Kinder sie mitbringt.

5. Inwiefern planen Sie eine verpflichtende Auflage für (Diversitäts-)sensibilisiertes und mehrsprachiges Personal in Unterstützungsstrukturen für von Gewalt betroffene Frauen* z. B. in den Bereichen Kinder- und Erwachsenenpsychologie?

Gute psychologische Unterstützung ist von entscheidender Wichtigkeit bei der Aufarbeitung von Gewalterfahrungen. Bedauerlicherweise sehen wir zurzeit eine massive Knappheit an psychologischen Beratungsangeboten. Entsprechend halten wir verpflichtende Auflagen zur Einstellung mehrsprachigen Personals nicht für den richtigen Weg, da bereits momentan ein Fachkräftemangel herrscht.

Wir begrüßen ausdrücklich die Einstellung von mehrsprachigem Personal. Fortbildungen zur besseren Sensibilisierung hinsichtlich Diversität und Gewalterfahrungen begrüßen wir ebenfalls.

6. Welchen Maßnahmenplan für den Ausbau der Beratungsstellen in allen und speziell strukturärmeren Regionen erarbeitet Ihre Partei?

Der Ausbau der Beratungsstellen muss in Absprache mit den Organisationen vor Ort erfolgen. Vielfach scheitert eine flächendeckende Versorgung an den bereitgestellten Mitteln. Hier können wir uns vorstellen die im Landeshaushalt eingestellten Mittel nachfrageorientiert zu erhöhen.

7. Inwiefern entwickelt Ihre Partei Kooperationen mit Medien, Ministerien und Wissenschaft, um einen diskriminierungsfreien Diskurs zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen migrierte Frauen* fern ab der „Ehrenmord-Stereotype“ zu ermöglichen

Wir begrüßen alle Möglichkeiten, die helfen können, Gewalt gegen Frauen zu verhindern. Dazu fordern wir unter anderem eine Ausweitung von Dunkelfeldstudien, um das tatsächliche Ausmaß häuslicher Gewalt besser erfassen und besser präventiv tätig werden zu können.

Gesundheit

Ganzheitliche Gesundheitsversorgung für migrierte Frauen* und Frauen* mit Fluchtgeschichte

1. Planen Sie, eine einheitliche Betreuung durch Hebammen für Frauen* in den Gemeinschaftsunterkünften umzusetzen und diese durch entsprechende Verordnungen oder Gesetze zu manifestieren?

Schwangerschaftsbegleitung ist für Frauen, auch in Gemeinschaftsunterkünften, sehr wichtig. Leider ist aber vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels derzeit nur ein eingeschränktes Angebot verfügbar. Darum ist es wichtig, dass wir zunächst Maßnahmen zur Behebung dieses Fachkräftemangels ergreifen

2. Welche Maßnahmen sehen Sie vor, um den Zugang zur sexuellen und reproduktiven Vorsorge- und Beratungsangebote für geflüchtete Frauen* in Gemeinschaftsunterkünften sicherzustellen?

Adäquate medizinische Betreuung und Aufklärung ist wichtig und findet unsere Unterstützung.

3. Wie planen Sie den Zugang zum Gesundheitssystem für migrierte Frauen* generell zu gewährleisten und einen Anspruch darauf zu verankern?

Der bestehende Gesetzesrahmen bietet allen Menschen einen Zugang zu notwendigen Behandlungen. Zur besseren Durchsetzung wollen wir die Verfügbarkeit von Informationen darüber vereinfachen und durch schnellere Asylverfahren einen zügigeren Übergang aus der

Absicherung nach §4 AsylbLG in den Eintritt in die reguläre GKV nach Abschluss des Asylverfahrens.

4. Wie werden Sie einen einheitlichen Zugang Geflüchteter ohne gültige Papiere z. B. durch die Einführung eines anonymen Krankenscheins sicherstellen?

Der gegenwärtige gesetzliche Rahmen bietet allen einen Zugang zu notwendigen medizinischen Eingriffen nach §4 AsylbLG.

Mehrsprachige Gesundheitsangebote

1. Inwiefern wollen Sie flächendeckende mehrsprachige Beratungsangebote innerhalb der Gesundheitsleistungen und präventiven Gesundheitsversorgung ausbauen?

Wir begrüßen einen Ausbau an mehrsprachigen Gesundheitsangeboten und an präventiven Angeboten. Durch den gegenwärtigen Fachkräftemangel im medizinischen Bereich in Mecklenburg-Vorpommern und hier insbesondere im ländlichen Raum sehen wir von zusätzlichen Niederlassungsbeschränkungen ab. Mehrsprachige Angebote wollen wir vor allem dadurch gewinnen, dass wir ausländische Abschlüsse zügiger anerkennen.

2. Plant Ihre Partei, Material und Präventivkurse im Gesundheitssektor mehrsprachig gestalten zu lassen?

Wir begrüßen ein mehrsprachiges Angebot von Informationsmaterial zu Präventionsmaßnahmen und medizinischer Versorgung.

Weiterbildung des medizinischen Personals

1. Sehen Sie ein Diversitätsmodul in den verschiedenen Gesundheitsausbildungen und Studiengängen vor?

2. Inwiefern planen Sie Schulungskonzepte für bereits praktizierendes Personal im Gesundheitswesen zu oben genannten Themen?

Frage 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.

Ziel der medizinischen Ausbildung muss es sein, die notwendigen Fachkompetenzen zur Behandlung zu vermitteln. Die Ausgestaltung der Lehrpläne sollte daher den Universitäten und Ausbildungsbetrieben obliegen, eine politische Einmischung in die Curricula der Hochschulen und die Ausbildungsgänge lehnen wir ab.

Mehr Verständnis von Diversität wollen wir insbesondere dadurch erreichen, dass wir mehr Menschen, auch in Ausbildungen, eine Auslandserfahrung ermöglichen wollen. Unser Ziel ist hierbei, dass mindestens 20% der jungen Menschen im Laufe ihres Studiums oder ihrer Ausbildung ein Auslandssemester oder Auslandsjahr ermöglicht wird.

Zugang zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

1. Wie wird Ihre Partei den Ausbau der medizinischen Infrastruktur in den ländlichen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns vorantreiben?

Freie Demokratische Partei LV Mecklenburg-Vorpommern
Landesgeschäftsstelle Goethestr. 87 19053 Schwerin
Tel.: 0385/562954 Fax: 0385/5574665
Email: m-v@fdp.de; homepage: www.fdp-mv.de
IBAN DE10 130 700 000 3177128 00, BIC DEUT DE BRXXX

In der Krankenhauslandschaft sehen wir uns quantitativ bisher gut ausgestellt durch die Strukturreform in den 1990ern. Durch die Digitalisierung erhoffen wir uns zudem eine deutliche Entlastung von bürokratischen Aufgaben, sodass das Personal sich wieder mehr den Patienten widmen kann. Trotzdem braucht es innovativ Konzepte, um speziell kleinere Krankenhäuser im ländlichen Raum zu erhalten. Wir können uns hier beispielsweise die Fortentwicklung zu integrieren Gesundheitszentren vorstellen mit ambulanten und stationären Bereichen sowie eine Anbindung von Nachtpflegeplätzen. Die genaue Ausgestaltung ist aber keine rein politische Frage, sondern muss in Absprache mit den Betreibern, Krankenkassen und den Betroffenen erfolgen.

Für den zunehmenden Mangel an Arztpraxen im ländlichen Raum wollen wir die Studienplätze im Medizinstudium in MV erhöhen und durch attraktivere Angebote wieder mehr Medizinerinnen und Mediziner für den ländlichen Raum gewinnen.

2. Was wird Ihre Partei tun, um dabei die Bedürfnisse von migrierten* Frauen* und Frauen* mit Fluchtgeschichte zu berücksichtigen?

Beantwortung erfolgte gemeinsam mit Frage 1

Politische Teilhabe

Politische Teilhabe für migrierte Frauen* und deren Nachkommen

1. Sind Sie für Parität und Diversität in den Parlamenten?
2. Wie positionieren Sie sich zur Forderung nach verpflichtender geschlechtergerechter und diverser Besetzung der Wahllisten von Parteien?

Frage 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.

Wir begrüßen ausdrücklich das politische Engagement aller Menschen, egal welcher Herkunft, welchen Geschlechts oder Alters. Als Wettstreit um die besten Ideen kann eine parlamentarische Demokratie von unterschiedlichen Standpunkten und Sichtweisen nur profitieren.

Im Parteiensystem obliegt es den Parteien in einem demokratischen Prozess diejenigen Kandidaten aufzustellen, die ihre Ideen und Ideale am besten vertreten können und bereit sind, für ihre Partei die Parlamentsarbeit aufzunehmen. Einen Zwang zur Besetzung der Listen nach politisch vorgeschriebenen Kriterien lehnen wir daher ab.

3. Welche Diversity- und Antirassismus-Ansätze werden Sie nutzen, um die Vielfalt unserer Gesellschaft auch in Ihrer Partei abzubilden?

Innerhalb der FDP werden Zielvereinbarungen abgeschlossen, um Diversität innerhalb der Partei zu stärken. Dies halte wir Freie Demokraten auch für ein gesamtgesellschaftliches Modell, ohne Quote und ohne Zwang, aber mit vereinbarten Zielen. Die politische Teilhabe wird damit allen ermöglicht.

Rassismus hat innerhalb der FDP keinen Raum. Viele führende Politiker der FDP, egal auf welcher Ebene und viele Mitglieder hatten und haben Migrationshintergründe. In der FDP wird Weltoffenheit gelebt. Für Probleme, die ggf. zwischen Parteimitgliedern entstehen könnten, haben wir einen Code of Conduct beschlossen.

4. Welche Fördermaßnahmen für die politische Teilhabe von migrierten Frauen* & deren Nachkommen haben Sie geplant?

Jede und jeder muss Politik und Gesellschaft mitgestalten können. Angebote wie Stipendien, Thematisierung von politischem Engagement in Schulen und Freizeiteinrichtungen sind dabei zum Beispiel ein wichtiges Element. Hier wollen wir auch mit entsprechenden Formaten, wie Lesungen, Filmvorführungen, Workshops und Schriften und im Zusammenwirken mit der Landeszentrale für politische Bildung und politischen Stiftungen daran mitwirken, dass migrierte Frauen und ihre Nachkommen politisch teilhaben können.

5. Wollen Sie sich für ein uneingeschränktes Wahlrecht auf Kommunal- / und Landesebene für alle zugewanderten Personen aus Nicht-EU-Ländern ab einer bestimmten Aufenthaltsdauer (z. B. 2 Jahre) einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

6. Wie stehen Sie zu der Forderung, dass neben einem uneingeschränkten Wahlrecht auch die Kandidatur von zugewanderten Personen aus Nicht-EU-Ländern ermöglicht werden soll und welche Kriterien sollten aus Ihrer Sicht beachtet werden?

Frage 5 und 6 werden gemeinsam beantwortet.

Ein uneingeschränktes Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger begegnet vielen verfassungsrechtlichen Bedenken. Das aktive und passive Wahlrecht sind keine Instrumente zur besseren Integration, sondern sollten den Abschluss einer gelungenen Integration bilden.

Interkulturelle Öffnung und Diversität in den Behörden

1. Welche gesetzliche Regelung sehen Sie vor, um die Partizipation von Frauen* mit Migrationsgeschichte in institutionellen Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern?

Wir begrüßen ausdrücklich Bewerbungen von Frauen mit Migrationsgeschichte bei den Landesbehörden in Mecklenburg-Vorpommern. Angesichts des gravierenden Personalmangels sehen wir von gesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise fixen Quoten, ab.

2. Welche interkulturellen Öffnungsprozesse in Institutionen wollen und werden Sie erarbeiten?

Siehe Antwort auf Frage 1

3. Planen Sie eine Regelung für Bewerbungsverfahren, die Frauen* mit Migrationsgeschichte in besonderem Maße berücksichtigt, um sie als Teil unserer Gesellschaft auch in der Verwaltung abzubilden bzw. wie wollen und werden Sie darauf Einfluss nehmen?

Siehe Antwort auf Frage 1

Intersektionale Gleichstellungspolitik

1. Welche Maßnahmen sehen Sie vor, um Angestellte im öffentlichen Dienst in den Ausländerbehörden, im Jobcenter, usw. für das Thema intersektionale Diskriminierung zu sensibilisieren?
2. Wie planen Sie, das Thema Antirassismus in der Gleichstellungspolitik stärker einzubinden?
3. Bis wann werden Sie alle bestehenden Gleichstellungsgesetze auf die Öffnung für intersektionale Diskriminierungstatbestände hin überprüft haben?

Fragen 1-3 werden zusammen beantwortet. Wir sehen die Gleichstellungspolitik als laufenden Prozess, den wir fortwährend verbessern und ausbauen müssen. Einiges ist bereits erreicht worden, an vielen anderen Stellen besteht noch Handlungsbedarf. Daran wollen wir weiterarbeiten.

Rassismus bekämpfen wir Freie Demokraten mit unserer liberalen weltoffenen Politik, dies losgelöst von Gleichstellungsfragen. Sollten die Gleichstellungsgesetze Tatbestände der intersektionalen Diskriminierung nicht enthalten, werden wir entsprechende Initiativen ergreifen. Einen konkreten Zeitpunkt kann die FDP nicht benennen, aber Gleichstellung darf hier nicht eng ausgelegt werden.

4. Wie planen Sie, Migrant*innenselbstorganisationen in diesen Bereich einzubinden und welche Ressourcen sehen Sie für diese vor?

Die Expertise der Migrant*innenselbstorganisationen ist unverzichtbar. Darum sollte im Gesetzgebungs- und Ausgestaltungsprozess auf jeden Fall von dieser Expertise Gebrauch gemacht werden.

Antirassistische und feministische politische Bildung

1. Planen Sie, sich für ein Demokratieförderungsgesetz einzusetzen, das alle Mitglieder der Gesellschaft, also auch migrierte, berücksichtigt?

Wir brauchen endlich eine langfristige Sicherung von Projekten gegen Rechtsextremismus. Wir sprechen uns daher für ein Demokratieförderungsgesetz im Sinne der Extremismusprävention aus.

2. Wie werden Sie gemeinnützige Vereine und NGOs, die politische Bildung zu Antisexismus/Antirassismus leisten und damit gesellschaftliche und politische Teilhabe ermöglichen, strukturell fördern?

Wir sprechen uns für eine bessere Förderung von ehrenamtlichen Strukturen aus. Beispielsweise hätten wir uns ein besseres Angebot im Rahmen der Ehrenamtskarte MV vorstellen können. Um mehr Frauen das ehrenamtliche Engagement erst zu ermöglichen, wollen wir zudem bessere Möglichkeiten zur Kinderbetreuung schaffen, da Pflegearbeit noch zu oft einseitig von Frauen verrichtet wird.

3. Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei gegen Gewalt und Hetze im Netz gegenüber frauenpolitischen und migrantischen Organisationen und Gruppen sowie gegenüber Mitgliedern dieser?

Das ist ein sehr wichtiger Punkt, denn die Delikte in diesem Bereich nehmen leider immer mehr zu. Darum fordern wir schon seit einiger Zeit Frauen in diesem Bereich besser zu schützen, z.B. durch zentrale Anlaufstellen bei Polizei und Justiz und speziell geschultes Personal. Wir setzen und dafür ein, insgesamt mehr Anstrengungen zu unternehmen, um Frauenrechte im digitalen Raum besser zu schützen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Doreen Siegemund
Landesgeschäftsführerin